

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2395 und 2396.

Interessante Lesestoffe: Vergleichende Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts, 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts, 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts, 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf.

Interessante Abteilungen: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Patriotische Kundgebungen.

Vor dem Reichstagsgebäude drängt sich heute eine Schaar Beschäftigungsloser, um Hindenburg zu begrüßen. Zumeist sind es Studenten, die ihre bunten Mützen spazieren tragen. Sie wollen den absolut überflüssigen Beweis erbringen, daß unsere akademische Jugend in Krieg und Revolution nichts gelernt und nichts vergessen hat. Die Ovation aber ist mangelhaft organisiert. Die begehrtesten Jünglinge sind genötigt, auf jedes ankommende Auto loszuspringen und von einem Portal zum andern zu rennen. Die vornehme Gemessenheit der Bewegungen, der sich sonst unsere Herren Korpsstudenten befleißigen, muß natürlich unter diesen Manövern leiden. Und das Schlimmste ist: Hindenburg läßt warten. Um 11 Uhr ist er jedenfalls noch nicht eingetroffen.

Auch der Verhandlungsaal des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist stärker besetzt als an den vorhergehenden Tagen. Der Zuschauerraum weist kaum Lücken auf. Das Interesse dieses „besseren“ Publikums an dem zur Erörterung stehenden Thema ist gering, denn der deutsche Bürger hat gar nicht den Willen, sich politisch aufklären zu lassen. Um so stärker ist die Neugierde, den Feldmarschall persönlich zu sehen.

Einstweilen aber hat Herr Helfferich wieder das Wort. Er fährt in seinem Plaidoyer fort und sucht die Frontänderung, die er im Januar 1917 gegenüber dem U-Bootkrieg vorgenommen hat, zu rechtfertigen.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß.

Vorsitzender Warmuth eröffnet die Sitzung um 10 3/4 Uhr. Die Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich wird fortgesetzt.

Dr. Helfferich: Der U-Bootkrieg ist keine Glaubenssache, sondern eine politische Handlung, die sich nach den Verhältnissen zu richten hat. Die Kollektivantwort der Entente an Wilson vom 10. Januar hat die Friedensstimmung im Schilde geworfen. Die Senatsbotschaft Wilsons hat meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Danach wären annehmbare und erträgliche Friedensbedingungen überhaupt nicht mehr zu erwarten. Auf die unerhörte Antwort der Entente, die leider Gottes in Versailles dann verwirklicht worden ist, hat der Präsident Wilson kein Wort der Abwehr gefunden, sondern sie als histotabel bezeichnet. Er hat in der Frage Polen die schlimmsten Bedingungen befürwortet lassen. Am 20. Dezember hat General Ludendorff ein Telegramm an den Reichstagspräsidenten gerichtet, in dem es heißt, daß Lord George unser Friedensangebot abgelehnt habe und daß noch den Eindrücken, die er an der Westfront erhalten habe, er zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß nunmehr der unbeschränkte U-Bootkrieg mit aller Energie einzusetzen müsse. Herr v. Bethmann-Hollweg antwortete, daß die Antwort der Entente abgewartet werden müsse. Auch in einer Unterredung in Weh erklärte er, daß er seine Haltung zum unbeschränkten U-Bootkrieg von der endgültigen Antwort und von der Gestaltung der Gesamtlage abhängig machen müsse. Wenn eine Uebereinstimmung zwischen der politischen Leitung und der Obersten Heeresleitung nicht zu erzielen sei, so müsse die Entscheidung des Kaisers herbeigeführt werden. Am 30. Dezember kam die Antwort der Entente auf unser Friedensangebot. Am 8. Januar telegraphierte Hindenburg, daß er die Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkrieges zum 1. Februar für notwendig halte. Am 9. Januar ist dann dieser Beschluß in Weh erfolgt. Dr. Helfferich setzt dann auseinander,

warum er seine Meinung über den U-Bootkrieg geändert und sich schließlich für den U-Bootkrieg im Januar 1917 ausgesprochen habe. Die Verordnungsverhältnisse Englands waren infolge der ungunstigen Ernte schlechter geworden. Ueberall zeigten sich deutliche Symptome einer starken Verknappung der Getreideversorgung der Welt. Das Wort von der Weltungernot kam damals auf. Die Preise stiegen geradezu rapide, und trotzdem England die höchsten Preise bewilligte, ging seine Zufuhr immer weiter zurück. Auch die Getreidebestände in Amerika aus der vorjährigen Rekorderte nahmen beständig ab. Dazu kam die erhöhte Leistungsfähigkeit unserer U-Boote. Die Erfolge des U-Bootkrieges stellten mit großer Wahrscheinlichkeit in Aussicht, daß die Erfolgsberechnungen des Admirals nach übertriffen werden würden. In den englischen Häfen machten sich die Wirkungen des Kreuzerrieges immer mehr fühlbar, nach einer englischen Statistik war bereits die englische Schifffahrt um 45 Prozent abgedrosselt. Dem unbeschränkten U-Bootkrieg konnte man eine weitere Einschränkung erwarten, und damit die Möglichkeit gegeben, England fühlbarer an der Wurzel seiner Wirtschaft zu fassen als vormals. Er sah konnte England für seine Volksernährung und für seine Kriegführung, wenn überhaupt, so doch nur sehr langsam und ungenügend schaffen. Das bezieht sich sowohl auf Lebensmittel wie auf Holz, Erz, Baumwolle, Wolle, Petroleum. Trotz dieser Nachteile habe ich von der Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges vor Harer Er-

klärung der Friedensfrage abgeraten. Ich fürchtete die Zerstörung des vielleicht doch noch vorhandenen letzten Restes einer Friedensausicht oder eines U-Bootkrieges ohne Krieg mit Amerika. Ich fürchtete auch, daß der Eindruck erwacht werden könnte, unser Friedensschritt sei nicht ernst gemeint, er könne nur als taktisches Vorspiel für einen doch gewollten U-Bootkrieg angesehen werden. In der Politik hat man eben auch mit solchen Eindrücken zu rechnen. Daß hier wiederholt angelegene Telegramme, das ich am 9. Januar an Herrn v. Bethmann in das Große Hauptquartier sandte, wurde von mir in früher Morgenstunde aufgesetzt, nachdem ich die Nacht hindurch die Denkschrift des Admirals studiert hatte.

Die Arbeit war mir über dem Kopf zusammengefallen. Ich wies darin nach, daß mit Rücksicht auf die Ententeverhältnisse Amerika die Zeit nicht gegen uns, sondern für uns arbeite. Wir lam es darauf an, einen kurzen Ausschub zu erzielen, bis für die ganze Welt ein klareres Bild vorbanden sei. Sie wissen, daß die Entscheidung am 9. Januar 1917 dagegen ausgefallen ist, es dürfe nicht länger zugewartet werden.

Herr v. Bethmann mir am 12. Januar die Entscheidung überreichte, war ich auf das tiefste erschüttert.

Ich hielt die Entscheidung in diesem Augenblick, in dem mir die Friedensfrage noch nicht als abgeschlossen erschien, für einen Fehler, der die ganze gute Wirkung unseres Friedensangebotes bedrohte. Mein erster Gedanke war, durch Rücktritt von meinem Amt meine Widerantwortung an der Entscheidung abzulehnen. Nachdem mir Einzelheiten über die Verhandlungen in Weh mitgeteilt worden waren, wußte auch ich, daß es keinen Frieden ohne weiteren Kampf geben könne. Die einzige Möglichkeit wäre gewesen, daß Präsident Wilson sich zu einem sofortigen Einsetzen eines energischen Druckes auf die Entente bereitgefunden hätte. Das ist nicht geschehen. Zunächst schloß Wilson, dann kam seine Senatsbotschaft vom 22. Januar, aus der man zum wenigsten ein Geschehenlassen, wenn nicht eine Billigung der Bedingungen der Entente herauslesen mußte. Das war die Situation, in der ich mir die Frage vorzulegen hatte, ob ich durch meinen Rücktritt den jetzt beschlossenen U-Bootkrieg vernichten sollte, ob ich es vor mir selbst verantworten könne, in den Augen unserer Bundesgenossen, unserer eigenen Völker und unserer Feinde den U-Bootkrieg durch eine solche Demonstration zu diskreditieren, eine Demonstration, die überdies ganz nutzlos gewesen wäre. Ich wäre mir als ein Verbrecher vorgekommen, hätte ich so gehandelt. Ich hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mitteillos den Leuten überlasse, die hier in diesem Hause am 17. Juli der Kriegserklärung in den Rücken gefallen sind. (Große Unruhe bei den Anwesenden.)

Vorsitzender Warmuth: Ich muß diese Äußerung entscheiden zurückweisen.

Staatssekretär Helfferich: Ich muß mich natürlich fügen, meine Ueberzeugung kann ich aber natürlich nicht verleugnen.

(Die Sitzung dauert fort.)

Zum Friedensangebot Rußlands.

H.N. London, 14. November.

Renwortby stellte im Unterhaus die Frage, ob die Regierung von der Erklärung der Sowjetregierung, die russischen Staatsschulden anzuerkennen, Kenntnis erhalten habe. Bonar Law antwortete: „Ich habe wiederholt eine derartige Erklärung in der Presse gelesen, aber wirklichen Wert messe ich dieser Mitteilung nicht bei.“

Weitere Erfolge der Sowjet-Truppen.

E. N. Moskau, 14. November.

Nach einer amtlichen Meldung von der Südfront sind die Weißen Truppen in der Gegend von Dimitriew völlig geslagen worden. Dimitriew selbst wurde von den Roten Truppen besetzt und eine große Anzahl Gefangene gemacht, sowie zahlreiche Kriegsmaterial erbeutet. Große Abteilungen Aufständischer befinden sich bei Nikolajewitsch in der Gegend von Omsk.

Ungültigkeitserklärung der Wahlen in Oberschlesien.

H.N. Paris, 14. November.

Der Oberste Rat genehmigte den Wortlaut eines Schreibens, das sofort Baron Lersner übergeben werden soll und in dem die Ungültigkeitserklärung der Gemeinderatswahlen in Oberschlesien verlangt wird.

Wien, 13. November.

Araukauer Blätter melden aus Warschau: Der Ministerpräsident in Oberschlesien den Abgeordneten Kunick mit der Aufsicht in Volkshilfsangelegenheiten Abgeordneter Korfam erhielt eine Einladung zur Pariser Friedenskonferenz.

Die Konterrevolution im Osten.

Während in Deutschland die Anhänger des alten Regimes immer Kühner ihr Haupt erheben, die Straßen von Demonstrationen für Rüdendorf und Hindenburg widerhallen und die Monarchisten die Zeit der Restauration kaum mehr erwarten können, kommen aus den östlichen Nachbarstaaten immer häufiger düstere Nachrichten. Seit der Niederlage der Käterepublik in Ungarn wird in Budapest unaufhörlich an der Wiederherstellung der Monarchie gearbeitet und diese Arbeit scheint vor dem erfolgreichen Abschluß zu stehen. Was aber der Sieg der Konterrevolution auch für Deutschland bedeuten würde, braucht nicht erst ausgeführt zu werden. Deshalb verdienen die nachstehenden, auf genaue Kenntnis beruhenden Ausführungen, die wir der Wiener „Arbeiterzeitung“ entnehmen, genaueste Beachtung, nicht nur bei uns, sondern auch bei unseren französischen und englischen Genossen.

Der weiße Terror wütet in Ungarn. Zur Zeit der Käterepublik sind dem roten Terror fünfhundert Menschen zum Opfer gefallen; seit ihrem Sturz hat der weiße Terror an die fünftausend gemordet. Alle Führer, alle Vertrauensmänner des ungarischen Proletariats schmachten in den Gefängnissen. Die Arbeiterklasse Ungarns ist wehrlos. Und während sie in ohnmächtigem Grimme abwartend die Schreckensherrschoft der Konterrevolution erträgt, winnen die madjarischen Konterrevolutionäre ihre Intrigen. Das nächste Ziel ist die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn. Aber der Ehrgeiz der Budapestener Königsmacher geht höher. Es gilt, die Slowakei, Siebenbürgen, das Banat und die Banat wiederzugewinnen, das Reich der „heiligen“ ungarischen Krone in seinen „historischen“ Grenzen wiederherzustellen. Es gilt vielmehr noch mehr. In Westungarn sammelt Admiral Horthy ein starkes Heer. Zu den madjarischen Konterrevolutionären gesellen sich dort auch deutschösterreichische und kroatische Offiziere. Und wenn sie in der Wesse beisammensitzen und der Wein den Mut entflammt, dann bromarbschieren sie, daß demnächst der General K ö b e r s das Kommando übernehmen werde, um Horthys tapferes Heer nach Wien zu führen und Deutschösterreich dem Hause Habsburg zu Füßen zu legen.

Daß solche Pläne die Kräfte der madjarischen Konterrevolution weit übersteigen, ist gewiß. Aber die ungarischen Monarchisten hoffen auf fremde Hilfe. Ihre nächste Hoffnung ist Polen. In der Tat gibt es in Polen starke Kräfte, die nicht zufrieden damit, daß Polen nach Osten, gegen die russische Sowjetrepublik, einen konterrevolutionären Feldzug führt, auch im Süden, in Ungarn, die Geschäfte der Konterrevolution besorgen möchten. Polen steht mit den Tschechen im Streit um Oberschlesien und um die slowakischen Komitate Arva und Zips. Unter diesem offenen Streit aber birgt sich ein noch schwererer Konflikt. Den polnischen Imperialisten ist es nicht genug, daß sich die Tschecho-Slowakei zwischen sie und Ungarn gelegt hat; sie möchten unmittelbar an Ungarn grenzen. Noch weniger paßt es ihnen, daß das „Larpathorussische“ Gebiet der Tschecho-Slowakei zugesprochen wurde. Dort könnten die Tschechen ja eine ruthenische Bewegung erzeugen, die auf das benachbarte Galizien Einfluß gewinnen könnte. Und eine solche tschechisch-ruthenische Bewegung könnte den Polen desto gefährlicher werden, wenn sich die Tschechen zugleich mit der Ukraine oder mit einem die Ukraine beherrschenden, Östgalizien beanspruchenden Rußland in Verbindung setzten — ein Gedanke, der, wie K r a m a r s k i Reize zu Demin beweist, den tschechischen Imperialisten nicht fern liegt. Aus diesem Grunde möchten die polnischen Imperialisten das larpathorussische Gebiet von der Tschecho-Slowakei losreißen, es Ungarn zurückgeben, dadurch die Tschecho-Slowakei von Rumänien trennen und die unmittelbare Grenze zwischen Polen und Ungarn gewinnen. Dadurch wird der Gegensatz zwischen Polen und Tschechen wesentlich verstärkt.

In der Slowakei besteht eine böse Gärung. Die Tschechen haben sich in der „befreiten“ Slowakei durch ihre Finanzmaßnahmen, durch die Requisitionen, durch die Uebergriffe ihrer Divisionen verhaßt gemacht. Ins besondere der katholische Klerus, der die kulturlose Bauernmasse der Slowakei führt, steht im heftigsten Gegensatz gegen die Tschechen. Versteht doch die slowakische Landesregierung in Brehburg aus lauter ewangelischen Slovaken und sind doch an die von der tschechischen Regierung neuerrichteten Schulen zumeist liberale und sozialistische Lehrer aus Böhmen entsendet worden, während früher die slowakischen Schulen durchwegs konfessionelle, vom katholischen Klerus geleitete Schulen waren! Der Klerus mobilisiert die Bauernschaft gegen das häretische, „hussitische“ tschechische Regime. Die Unzufrieden-

Welt der Slovaken mit der tschechischen Herrschaft wird von Warschau und von Budapest aus genährt. Linke, der Führer der slovakischen Nationalen, war vor kurzem in Warschau und fand dort die größte Bereitwilligkeit, die nationale Agitation für die „Selbstständigkeit“ der Slovaken zu unterstützen. Von Budapest aus wird die passive Resistenz der starken magyarischen Minderheiten in der Slowakei organisiert. Polen und Ungarn operieren in der Slowakei gemeinsam. So knüpfen sich Fäden zwischen Warschau und Budapest, zwischen der polnischen Schlachta und der magyarischen Gentry.

Aber hinter den feudalen Konterrevolutionären in Warschau und in Budapest steht eine größere, gefährlichere Macht. Das Zentrum der Intrige ist das Kloster der Jesuiten in Freiburg in der Schweiz. Freiburg ist nicht weit von Prangin, wo Karl Gabsburg bessere Tage erwartet; die Prinzen von Parma sind in Freiburg häufig Gäste. Von Freiburg gehen die Fäden nach Budapest; Prinz Ludwig Windischgrätz, um den sich in Wien die slawischen ungarischen Aristokraten gesammelt haben, ist den schwarzen Herren in Freiburg wohlbekannt. Freiburg hat auch mit Warschau gute Verbindungen; der Jesuitengeneral ist ein Pole. Freiburg hat keine schwarzen Soldaten überall; der Weibsbild Wais fährt zwischen Freiburg und Innsbruck fleißig hin und her, und Jesuiten gibt es in der Slowakei, in Kroatien, in Tirol, in Wien. Ist es nicht merkwürdig, wie läßt jetzt unsere Christlichsozialen über Deutsch-Westungarn reden? Aber Freiburg hat noch andere wertvolle Verbindungen; von dort führen alte Wege zur französischen Aristokratie, in deren Salons fromme Bischöfer, elegante Diplomaten und Regenerale Generale über europäische Politik plaudern. Der französische General Franchet d'Espèrey hat aus seiner Sympathie für die monarchistische Restauration in Ungarn schon bei dem Staatsstreich Josef Gabsburgs kein Geheiß gemacht. Doch der französische Generalissimus, hat die Zerstörung der Gabsburger Monarchie als einen „Fehler“ bezeichnet.

Wir glauben nicht, daß Clemenceau die Wiederaufrichtung des Gabsburger Thrones wünscht. Er kann die Wiederkehr der Hohenzollern in Deutschland nicht wünschen und versteht gewiß, daß die Restauration der Gabsburger auch die Restauration der Hohenzollernerleichtern würde. Aber herrliche Generale treiben überall ihre eigene Politik; auch Frankreich hat jetzt seinen Ludendorff. Und die anderen Ententemächte? Die Entente muß im Südosten Europas endlich den Frieden wieder herstellen. Sie muß mit Ungarn Frieden schließen. Aber dazu muß in Budapest erst eine verhandlungsfähige Regierung gebildet werden. Fast scheint es, als wäre es dem englischen Bevollmächtigten Clark, der in Budapest mit den Parteien verhandelt, ganz gleichgültig, wie die ungarische Regierung aussieht und was sie will, wenn nur überhaupt eine Regierung zustande kommt. Und auch da scheint es neben der offiziellen Politik eine persönliche, neben der zivilen Politik eine militärische zu geben. Es gibt englische Offiziere, die alte, intime Beziehungen zur magyarischen Aristokratie pflegen. Der große Kampf der Entente gegen die Dynastien, die den Krieg entfesselten, gegen die Herrenklassen, die die Nationen unterdrückt haben, gegen den Militarismus, der die Völker geknechtet hat, scheint denber zu enden.

Aber noch ist die internationale Intrige nicht gelungen. Noch können die Völker, die Gabsburgs Herrschaft gebrochen haben, die Intrige der Konterrevolution durchkreuzen. Das Gelingen der Intrige würde die Tschechen im Besitz der Slowakei, das jugoslawische Königreich im Besitz Kroatiens, der Bosna und des Banats, Rumänien im Besitz Siebenbürgens bedrohen. Es würde unsere junge Republik in die große Bedrängnis bringen und unsere Ansprüche auf Deutsch-Westungarn gefährden. Aber auch Italien, das die Zerstörung des Gabsburger Reiches als die eigentliche Errungenschaft des Krieges betrachtet, wird durch diese Intrige bedroht. Gegen diese konterrevolutionäre Gefahr müssen alle Nachfolgerstaaten aufkommen. Aber auch die Demokratie und der Sozialismus Englands, Frankreichs,

Amerikas können und werden nicht dulden, daß unter dem Schutze der Entente befreite Völker in neue Fesseln geschlagen werden.

Der Raufeseldzug der ungarischen Reaktion.

Nach dem Sturze der Regierung wurden in Ungarn etwa 20 000 Personen verhaftet, die in dem Verdacht standen, die Republik unterstüzt zu haben. Die Leute saßen monatelang in Untersuchungshaft, waren dem Hunger und schweren Mißhandlungen ausgesetzt, ohne daß gegen sie das Verfahren eingeleitet wurde. Erst auf das Eingreifen der Verbändmächte mußte die reaktionäre ungarische Regierung ihr unmensliches Verhalten ändern und die Gefangenen den Gesetzen entsprechend behandeln. Von den 20 000 Untersuchungsgefangenen sind inzwischen gegen 12 000 entlassen worden, weil ihre Anschuldigung nicht festgestellt werden konnte, etwa 8000 befinden sich noch in Untersuchungshaft, und gegen diese sollen in den nächsten Wochen die Prozesse beginnen, die sich monatelang hingezogen werden. Es ist mit äußerster Vorsicht zu rechnen, da die Reaktion in Ungarn in einer noch nie dagewesenen Weise wütet und nur ein Gefühl lenkt: die Befriedigung ihrer Rache gegenüber dem Proletariat.

Die Streikbewegung in Amerika.

Abwehr gegen Anstreichelge und Zwangsschiedsprüche.

H. N. New York, 13. November.

Die Bergarbeiter nahmen die Einladung des Arbeitsministers Wilson zur Teilnahme an einer Konferenz zwecks Regelung der Lohnfragen an; sie erklärten jedoch gleichzeitig, daß sie auf ihren jetzigen Forderungen bestehen müßten.

Inzwischen haben etwa 400 000 Arbeiter der Maschinen- und Metallindustrie im ganzen Lande mit dem Streik gedroht, wenn der Kongreß die Gesetzgebung, die sich gegen die Streiks richtet und Zwangsschiedsgerichte in Arbeitsangelegenheiten einrichtet, annimmt.

Amsterdam, 13. November.

Nach der „New York Times“ interessiert sich die Regierung sehr für die morgen stattfindende Konferenz zwischen den Bergwerksbesitzern und den Grubenarbeitern. Nötigenfalls wird sie den letzteren einen Lohn und eine Arbeitszeit gemäß den heutigen hohen Kosten des Lebensunterhaltes garantieren. Am Dienstag hat Senator Johnson von Washington beantragt, eine Untersuchung über den Kohlenarbeiterstreik anzustellen. Der Antrag wurde an die betreffende Kommission weitergeleitet. Obgleich der Streik beendet ist, ist die Tätigkeit des Gerichtes bezüglich des Ausstandes noch nicht zu Ende, da die Führer der Grubenarbeiter beabsichtigen, den Schiedsspruch des Gerichtshofes in Indianapolis nicht anzuerkennen.

Die Lebensmittelnot in Wien.

Wien, 13. November.

Da die Lebensmittelzufuhren kaum ausreichen, um die Protration und die gekürzte Rationierung zu decken, muß das Staatsamt für Volksernährung von Mitte November an die Abgabe von Lebensmittelzufuhren für Kinder einstellen, welche im März d. J. infolge der Ententezufuhr eingeführt worden waren.

Keine Frauen im englischen Oberhaus.

Haag, 14. November.

„Het Vaderland“ meldet, daß das englische Oberhaus das vom Unterhaus angenommene Amendement, wonach Frauen das Recht erlangen, im Oberhause zu sitzen, verworfen hat. Der Reichstag war gegen die Annahme des Amendements, da die Regierung das Oberhaus neu bilden wolle.

Die gemeinsame Zeitung in Paris.

Paris, 13. November.

Das von den sozialistischen Zeitungen „Humanité“, „Prolétaire“, „L'Heure“, „Journal du Peuple“, „La France Libre“, „Vérité“ und den demokratischen Blättern „Bon Soir“

„Ouvrre“, „Bonds“ gemeinsam herausgegebene Blatt heißt „Le Feuilles Communis“; es wird abends und morgens erscheinen.

Da die Buchdrucker in Paris streiken, haben sich die sozialistischen und demokratischen Zeitungen zwecks Herausgabe eines gemeinsamen Nachrichtenblattes zusammengetan.

Leopold Emmel gestorben.

Aus Apolda wird mitgeteilt, daß Leopold Emmel am Donnerstag in der Landesheilklinik in Jena verstorben ist. Emmel, der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Mühlhausen (Sach), ist 66 Jahre alt geworden. In der elsässischen Partibewegung spielte er seit 1900 eine große Rolle. Er war Geschäftsführer der „Mühlhäuser Volkszeitung“ und Vorsitzender des dortigen Vereines. Auch dem Gemeinderat von Mühlhausen und dem elsässisch-lothringischen Landtage gehörte er an. In den Reichstag wurde Emmel 1907 gewählt. In der Fraktion gehörte er zu den Gegnern der Kreditbewilligung, die mit Hoch und mit Niedrig die offizielle Fraktionspolitik bekämpfte, aber nicht die Entschiedenheit hatte, beim Austritt von Haase und seinen Gefolgsleuten aus der Fraktion, ihnen zu folgen. Er verblieb in der Fraktion und ist seitdem nur noch wenig öffentlich hervorgetreten.

Das ihm zur zweiten Heimat gewordene Mühlhausen mußte er nach dem Einzug der Franzosen Ende 1918 verlassen, er siedelte nach Apolda über und übernahm dort die Redaktion der rechtssozialistischen „Apoldecker Volkszeitung“.

Noch eine Niederlage.

In der preussischen Landesversammlung ist der Modus Bürgerlichen gegen die Sozialisten vollendet. Er tritt bei jeder Gelegenheit in Funktion und verfolgt den Rechtssozialisten eine Ohrfeige nach der anderen. In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung wurde ein Antrag des Deutschnationalen Kessels, der die Verlängerung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft verlangte, trotzdem sich der Landwirtschaftsminister Braun entschieden gegen seine Annahme wandte, mit 117 Stimmen der Bürgerlichen gegen 95 Stimmen der Rechtssozialisten und der Unabhängigen angenommen. Die Demokraten nehmen also auf ihre rechtssozialistischen Blodgenossen nicht mehr die geringste Rücksicht und zeigen ihnen täglich, daß sie ihrer Hilfe nicht mehr zu bedürfen glauben. Die Rechtssozialisten finden diese Ohrfeige ruhig ein, wie auch die Regierung gegenüber diesem Mißtrauensvotum sich in Schweigen hüllt.

Absicht und Wirkung.

Berlin, 13. November.

Aus Anlaß zahlreicher neuerdings ergangener Anfragen hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzialhochschulen und Regierungen, folgende Verfügung erlassen:

Nach der einseitigen Auffassung der preussischen Staatsregierung ist die Schulpflicht, die zu staatsbürgerlichem Verständnis erst herangebildet werden muß, vor unruhigem Geist, ohne Erziehung und Unterricht vor daraus sich ergebenden tiefgreifenden Störungen zu bewahren. Das gesamte Schulleben muß daher von politischen Streitigkeiten aller Art freigehalten werden.

Daraus folgt:

1. Die Schule darf parteipolitischen Bestrebungen unter der Schulpflicht keinerlei Förderung gewähren.
2. Die Lehrer müssen jede mittelbare oder unmittelbare Beeinflussung ihrer Schüler nach irgendeiner parteipolitischen Richtung hin streng vermeiden.
3. Die Schüler haben sich innerhalb der Schule aller politischen Streitigkeiten und jeder herausfordernden Betonung ihres Parteistandpunktes (z. B. durch Tragen von Abzeichen) zu enthalten.

Die Provinzialhochschulen und Regierungen wollen die Leiter und Leiterinnen der sämtlichen ihnen unterstellten Lehranstalten hiernach mit Befolgung versehen.

Die Verfügung ist in dem Augenblick, da Kinder und Jugendliche unter Führung von Lehrern vor dem Reichstag für Hindenburg demonstrieren. Das Mißverhältnis zwischen Absicht und Wirkung kann nicht deutlicher gekennzeichnet werden. Ihr Arm reicht nicht sehr weit, Herr Minister!

Der Fluch der Lächerlichkeit.

Man hat die Deutschen gehaßt, gefürchtet, verachtet. Aber nun werden sie langsam und machen sich lächerlich. Der deutsche Spießer ist aufgewacht und demonstriert. Fast jeden Tag liest er sich einen neuen Akt. Vor einem Jahr zitterte er noch weniger um sein Leben, als um sein Kapital; daß ihm der geliebte Monarch wogelie, war ja noch zu ertragen. Einige Wochen später hätte man sich schon so gut erholt, daß man schreien konnte: Schlagt Spartakus tot. Mit Rodles Hilfe gelang es. Der Spießer war bezaubert. Er hat eine Vorliebe, andere bluten zu lassen.

Heute aber erklären sie sich täglich für die Monarchie, sobald sie sich wieder fühlen und der Übermacht gewiß sind. Ihren Generalen bringen sie Ovationen, ihren Herrschern schicken sie Telegramme. Und diese denken, was andere tun. Man soll sich doch nichts vormachen. Am gefährlichsten sind noch diejenigen, welche überhaupt nicht an die Stärke der Reaktion glauben wollen. Sie begreifen nicht, daß nur die Monarchie ihre Leiden verschuldet hat, und daß sie selber mitschuldig sind, weil sie sich regieren ließen. Sie begreifen nicht, daß der heutige Zerfall die Folge der monarchischen Mißwirtschaft ist, sie begreifen nicht, daß die Monarchie ihre Söhne, Männer, Väter, Brüder wider alle Befehle der Gerechtigkeit in die Kasernen gesteckt, zu Rordmaschinen gezwungen, geschlagen, verachtet, preisgegeben hat. Wer hat euch hungern, frieren, darben lassen? Wer hat euch zum Spielball der Eitelkeit gemacht? Wer hat euch belogen, verachtet, verflucht? Begreift ihr nie, welche elendeste Kalorien in euch selber steckt und euch eure Peiniger bejubeln läßt? Hüßt ihr denn gar nicht, wie lächerlich ihr euch macht? Gabt ihr kein Schamgefühl mehr? Denn ihr laßt ja die Füße, die euch traten, berührt die Messer, die euch hauen. Man hat eure Söhne gemordet — ihr aber geht hin und streut den Rüdern Palmen. Wenn ihr nicht so unglücklich dumm wäret, würde man euch für die Verklünder eines neuen Schos halten. Ihr könnt noch den Gipfel ersteigen, eure Füßchen zurückziehen — ein ironisches Telegramm Clemenceaus wird euch zur Besinnung bringen — ihr werdet eine Weltpostge ausführen. Vielleicht merkt ihr dann, wie verächtlich ihr euch macht. Aber wahrscheinlich prahlt ihr mit eurer „nationalen Schande“ — denn ihr seid dumm und verdirbt bis in den Grund eures Wesens.

Ruzs Reiter.

Der Stier von Olvera.

Aufführung in der Staatsoper.

Als Max von Schilling auf den betroffenen Posten des Generaldirektanten Hülsen-Deeseler berufen wurde, verband sich die feste Überzeugung damit, daß er in kürzester Zeit die Berliner Staatsoper wieder zu ihrer geschichtlichen Bedeutung emporführen würde. Behutsamer Reformismus wirkt bei kulturellen Taten eher verderblich als fördernd, wie bei jeder Aktion. Nein, so darf es nicht weitergehen! Von Grund auf muß umgestaltet werden, ein ganz neuer Geist muß in das verstaubte Opernhaus einziehen: der fortschrittliche, umwälzende Geist Schillings, an den wir bis jetzt noch glauben. Nur so kann die Berliner Oper wieder zum Brennpunkt der musikalischen Ereignisse werden.

Im regen Leipzig ist d'Alberts jüngste Oper „Revolutionshochzeit“ bereits vor einiger Zeit zur erfolgreichen Uraufführung gelangt. Berlin hinkt nach beinahe zweijähriger Bedenkzeit mit einer mihätraten Uraufführung des „Stiers von Olvera“ nach. Mikräten: vor allen Dingen in der Hauptfigur Michael Bohrens, der die gesungene Rolle des Generals (infolge der angekündigten Indisposition?) zum Melodram umwandelte und darstellerisch eher eine nervöse Zeitkritik verlor als die eiserne Willensbrutalität der sentimental verlebten Bestie. Versetzt besetzt im Gegenpiel Barbara Kempf als Juana, die wohl Carmen-temperament in den Bolero-Parten besaß, der aber der lyrische Schwelldampf des puccinischen d'Albert gänzlich ermangelt. — Da nun das Werk infolge der mihätrischen Umstände von der Blendmaske der Stimmdravouristik entlarzt war, trat die Gebanfarmlosigkeit in der Behandlung des Orchesters in nachdrücklicher Weise ein. Die einzige Oper d'Alberts charakterisiert sein gesamtes und charakteristisches Schaffen; alle übrigen Opern sind nach demselben abgegriffenen (nicht stilsicheren) Schema fabriziert. In „Liedland“ z. B. wirkt das streicherische Motiv mit dem abdröhnenden Bläserakkord als besondere Klangbeim, im „Stier“ dagegen in der Wiederholung der Mittel als Perez-Motiv klingt es nur noch als abgenutzte Schablone. Die Regitative der d'Albert-Opern, diese lästigen Rudimente nach der endgültigen Überwindung durch Wagner, werden immer erfindungsreicher und kühner. Was Stefan George über den Reim in der Dichtung sagte, das bewahrheitet sich erst recht bei den Klangwirkungen (und besonders bei den räuberischen Klängen d'Alberts)

in der Musik: einmal angewendet, sind sie verbraucht und sollten nie mehr oder nur ganz selten wiederholt werden.

Die Regie greift im letzten Akt vollkommen daneben. Statt eines dümmen, roten, rotierten Komtes (wie in Leipzig) inszenierte sie ein sonnenhelles Boudoir. Ebenso war es ein Geschmacksverrat, die letzte Szene mit der Napoleon-Sprechrolle, die Clewing nassete, nicht geschah wie bei der Uraufführung in Leipzig forzulassen. Der Oper war bei der unzulänglichen Darstellung großer Verfall besetzt.

Freig. Fridolin Windisch

Ein Konflikt d'Alberts mit der Staatsoper. Das Referat unseres Musikkritikers war bereits gestern in unseren Händen und mußte wegen des Ausfalls der gestrigen Abendnummer zurückgestellt werden. Heute erzählt man von einem Künstlerstreit, der bereits die Absetzung der Oper vom Spielplan zur Folge hat. d'Albert holte während der Aufführung das Opernhaus verlassen mit der Erklärung, daß er als Komponist gefollet sei, da er eine solche „Verunstaltung“ seines Werkes empfunden habe, daß er sie nicht mit seiner Person habe beden können. Die als angegriffene Intendanz schied daraufhin der Presse eine Erklärung, daß Herr d'Alberts Wünsche auf den Proben soweit erfüllt worden seien, daß der Komponist schließlich seine volle Zustimmung ausgesprochen. Bedenken äußerte er nur noch gegen Herrn Bohrens, der seine Rolle am Abend im Sprechton durchführte. Die Intendanz protestiert in Übereinstimmung mit dem Gesamtpersonal auf Schärfe gegen d'Alberts Vorgehen und erklärt, von weiteren Aufführungen des Werkes abzusehen, nachdem der Autor öffentlich gegen die künstlerische Leistungsfähigkeit der Staatsoper Stellung genommen habe. Am Sonnabend wird statt „Stier von Olvera“ die Oper „Carmen“ gegeben. Auch das Orchester erklärt, auf ein Zusammenwirken mit d'Albert in der Wöhlstädt-beranstaltung am Sonntag mittag im Opernhause zu verzichten.

Inzwischen scheint sich aber eine gütliche Beilegung des Konflikts anzubahnen, der bei Künstlertemperaturen nicht gar so wichtig genommen zu werden braucht. Wir haben unser Urteil über das mähige Werk und seine Aufführung gesagt. Der Komponist wird den Weg zum Opernhause schon wieder finden, und er hat bereits eine Erklärung veröffentlicht, in der er den Ausdruck „Verunstaltung“ bedauert und sämtlichen Beteiligten „für ihre hervortragenden Leistungen“ dankt. Eine Verteidigung des Opernhauses und seines Intendanten habe ihm ferngelegen. Er bedauert nun, worin dann alle der ganze Kampf.

Der Kilianprozess in Halle.

Der Prozess gegen den Vorsitzenden des Halle'schen Arbeiterrates, Genossen Otto Kilian, der schon seit 8 Monaten in Untersuchungshaft sitzt, hat begonnen. Ueber 150 Zeugen stehen zur Vernehmung, so daß der Prozess mehrere Wochen dauern wird. Verteidigt wird Genosse Kilian von den Rechtsanwälten Dr. Müller, Hallo und Genossen Dr. Herzfeld-Berlin. Er ist angeklagt der Verhöhnung, Bildung bewaffneter Gruppen, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Freiheitsberaubung. Diese begangen durch die Inhaftierung des Lockspieles Hartung und eines Studenten. Der Prozess, das zeigt sich schon jetzt, ist ein Tendenzverfahren schlimmster Art. Für Verfälle am 14. November 1918 soll Kilian jetzt verurteilt werden. Ihm wurde keine Gelegenheit gegeben, sich über die Dinge, denen er beschuldigt wird, zusammenfassend zu äußern.

Genosse Herzfeld protestierte energisch gegen diese Art tendenziöser Verhandlungsführung. Kilian konnte in der Einzelverhandlung treffend nachweisen, daß er niemals die Bildung bewaffneter Gruppen beabsichtigt habe. Eine Aufreizung zur Gewalttätigkeit habe er nicht notwendig gehabt, denn durch die Verhaftung des Halle'schen Genossen Herzfeld durch Maerker's Gruppen sei die Arbeiterschaft sowieso bis aufs Blut sinnlos gereizt worden. Der Halle'sche Generalstreik im Zusammenhang mit dieser Affäre sei nicht auf sein Verbrechen entstanden, sondern habe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem mitteldeutschen Generalstreik. Er habe es als selbstverständlich erachtet, dem Streikaktionsausschuß im Rathaus ein Zimmer anzuweisen. Dazu wäre er berechtigt gewesen, weil der Arbeiterrat ein Verfügungsrecht über die städtischen Gebäude damals noch besaß. In dem Vorgehen gegen den sogenannten Bürgerkrieg, der Öffnung der Lebensmittel- und Probiergeschäfte, sei er vom Oberbürgermeister angelehrt der ertapten Stimmung in der Bevölkerung antwortet worden. In die Verwaltung z. B. der Post habe der Arbeiterrat nicht eingegriffen, sondern nur nach außerhalb gehende Telegramme kontrolliert. Nach dem Einmarsch des Generals Maerker in Halle sei er mit dem Genossen Abgeordneten Koenen gewaltsam vom General vorgeführt worden. Den Weg auf äußerste ertapten Massen habe er ebenfalls in einer Versammlung zur Mäßigung geraten und nicht zur Gewaltanwendung.

Nach der Vernehmung Kilians stellten die Verteidiger einen Antrag auf Haftentlassung. Genosse Herzfeld wies darauf hin, daß ein Mann wie Kilian sich der Anklage niemals entziehen könne. Schon jetzt zeige sich, daß die wichtigsten Anklagepunkte gegen ihn fallen gelassen worden seien. Ihm den Versuch der Beeinflussung von Zeugen zu unterstellen, sei angesichts der politischen Vergangenheit Kilians geradezu unangebracht. Nicht verhandelt habe nicht, wenn Kilian fliehen möchte, hätte er dies am 1. März tun können. Der Angeklagte ist nicht von den moralischen Maßstäben eines Leutnants Vogel. Er müßte entlassen werden, damit er sich auf die Strapazen der langen Verhandlung vorbereiten könne. Gen. Kilian bemerkt dazu, daß weder seine Unterkunft noch Verpflegung im Gerichtsgefängnis den einfachsten Ansprüchen genüge.

Der Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt, weil das Gericht vorab, Zeugenbeeinflussung und Fluß des Genossen Kilians fürchten zu unterstellen. Die Zeugenvernehmung hat bisher nicht einen einzigen Punkt der Anklage gegen Genossen Kilian gerechtfertigt, obwohl der Staatsanwalt sich eifrig bemühte, in Kreuzverhören den Zeugen zu suggerieren, was er zu hören wünschte. Insbesondere ist der Versuch, Kilian mit der Bildung einer roten Garde und mit der Auffstellung des Sicherheitsregiments in Verbindung zu bringen, vollständig mißglückt. Aus dem Vorgehen der Anklagebehörde gewinnt man den Eindruck, als ob Kilian für die revolutionären Ereignisse in Halle verantwortlich gemacht und an ihm ein Exempel statuiert werden solle.

Die Einheitsfront der Scharfmacher.

Der Vereinigung der Deutschen Arbeiterverbände sind, wie bereits in einer Mitgliedsversammlung berichtet wurde, in den letzten Wochen außer zahlreichen anderen folgende größere Arbeitgeberverbände beigetreten:

- Die Vereinigung deutscher Flaschenfabriken, Hamburg.
- Der Arbeitgeberverband für Binnen-Schiffahrt und verwandte Gewerbe, Hamburg.
- Der Arbeitgeberverband der deutschen Milchwirtschaft, Berlin.
- Der Wirtschaftsbereich der deutschen Lebensmittelindustrie, Berlin.
- Der Arbeitgeberverband der Batterie- und Element-Industrie in Groß-Berlin.
- Der Bund der Arbeitgeber in Lübeck und Umgegend.
- Die Vereinigung braunschweigischer Arbeitgeberverbände.

Ein Reichstheaterrat. Der Deutsche Bühnenverein, die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, der Verband Deutscher Bühnenschauspieler und Bühnenkomponisten und die Vereinigung der Bühnenverleger haben eine Arbeitsgemeinschaft festgesetzt. Die Arbeitsgemeinschaft wird durch einen Ausschuss vertreten, den sogenannten Reichstheaterrat, der die Interessen des deutschen Theaterwesens wahren soll in allen den vier Verbänden gemeinsamen Angelegenheiten. Er bezieht auf dieser Grundlage die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Förderung des deutschen Theaters. Er vertritt die Arbeitsgemeinschaft in allen Angelegenheiten der Theaterregie, Theaterverwaltung und des Theaterverkehrs gegenüber den Parlamenten, Behörden und der Öffentlichkeit. Jeder Verband wird durch einen Vorsitzenden und einen Syndikus vertreten. — Ein Reichstheaterrat müßte eine andere Zusammensetzung haben, wenn er alle oft gegeneinanderlaufenden Interessen der Verbände und des Publikums in Theaterfragen vertreten könnte.

Schauspielhaus. In dem am Sonntag, den 16. d. M., vormittags 11 Uhr, im Schauspielhaus (Staatstheater) stattfindenden Matinee: „Bilder aus deutschen Zeitaltern“ sind für Mitglieder des Verbandes der freien Volkstheater, der Gewerkschaften und der Parteien, Karten à 1,10 M. in der Geschäftsstelle des Verbandes, Lindenstr. 227, zu haben. Auf dem Programm steht ein Vortrag von Professor Dr. A. Hübner: „Das deutsche Mittelalter“. Via Rosen spricht aus „Tristan und Isolde“, ferner wieder von Wolfram von Eschenbach und Walter von der Vogelweide. Wie Fern singt Lieber, Bruno Tuerchmann spricht das „Hildebrandslied“ und aus dem „Wielungenlied“. Zum Schluß singt ein Doppelquartett aus dem Chor der Staatsoper 8 mittelalterliche Lieder.

Am Feine-Abend von Ludwig Garbi am Sonntag, den 17. d. M., im Theater am Schiffbauerdamm, zum bedeutend ermäßigten Preise von 1,50 M. in der Freiheit-Durchführung, Schiffbauerdamm 19, zu haben.

Die nächste Einstudierung der Volkstheater wird Goethes „Götz von Berlichingen“ mit Friedrich Kayler in der Titelrolle sein.

Am Lesing-Theater ist die Aufführung von Sigurd Høffens Drama „Robert Grant“ auf Dienstag, 18. November, festgesetzt worden.

Theodor Dählker liest am kommenden Sonntag, den 16. November, vormittags 11 1/2 Uhr, in der „Tribüne“ aus seinen Werken.

Professor Max von Schilling dirigiert am 10. November zum ersten Mal in Berlin im Opernhaus unter den Linden die 9. Sinfonie von Beethoven und den 18. Psalm von Liszt.

Die Vereinigung württembergischer Arbeitgeberverbände, Stuttgart.

Der Verband thüringischer Industrieller, Weimar.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen, Berlin, und

Der deutsche Industrie-Schülerverband zu Dresden.

Damit ist die Zahl der der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände unmittelbar angeschlossenen Verbände auf 127, die der mittelbar angeschlossenen auf 481 gestiegen.

Die Unternehmerverbände rüsten emsig. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß das Unruhevermehren den Augenblick drohend erwartet, der es ihm ermöglicht, der Arbeiterschaft im Wirtschaftskampf die entscheidende Niederlage beizubringen. Den zusammengeschlossenen Organisationen der Scharfmacher hat die Arbeiterklasse gleich starke und geschlossene Massenverbände entgegenzustellen.

Wo steht das beschlagnahmte Geld.

Als die Sicherheitswehr unser Verbandsbureau in der Schilderstraße besetzte und die Sekretäre Genossen Herbst, Rosemann und Müller verhaftete, wurden dem Genossen Herbst, dem Kassierer des Verbandes, Mitgliedsbeiträge im Betrage von 5168,33 M. beschlagnahmt. Abgesehen davon, daß keinerlei gesetzliche Begründung für die Beschlagnahme von Geldern möglich ist, die aus Mitgliedsbeiträgen eingekommen sind, übersteigt es alle Grade der Willkür, bis wir heute erleben haben, daß dem Genossen Herbst der Betrag bis heute noch nicht zurückgezahlt worden ist. Herbst wurde am Sonntag, den 8. Uhr aus der Haft entlassen. Seine wie der übrigen Genossen Verhaftung war grundlos und geschwindig. Wir fordern daher dringend die sofortige Aufhebung der Beschlagnahme des Geldes.

Bereitete Schiebung.

T. U. Osterfeld, 14. November.

Auf dem hiesigen Güterbahnhof wurden seit dem 1. November etwa 20 Güterwagen mit Fett, Speck, Häuten, Pfeffer, Stoffen, Leder usw. im Werte von etwa 40 Millionen Mark beschlagnahmt. Die Waren, die für das Ausland bestimmt waren, liegen unter falscher Inhaltsbezeichnung.

Gewerkschaftliches.

Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aller Angestellten- und Ausschüsse der Groß-Berliner Metallindustrie.

Der Vollzugsausschuß der Angestellten- und Ausschüsse der Groß-Berliner Metallindustrie hatte für Mittwoch, den 13. November, eine Versammlung der Obleute einberufen, um Stellung zu nehmen zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft. Baumann hielt das einleitende Referat, in dessen Verlauf er vorschlug, die jetzt bestehenden Fachgruppen 12, 13, 14, 15 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Da die Vertrauensleute der Gewerkschaften nicht immer die Obleute der Betriebe seien, müßten die Obleute selber zusammengefaßt werden, um ihnen Berichte geben und solche entgegennehmen zu können. Der Arbeitskörper solle aus einem selbständigen Vorstand bestehen. Er soll ein festes Heim bekommen und alle schriftlichen Arbeiten erledigen. Zur Finanzierung der Arbeitsgemeinschaft sollen die Angestellten-Ausschüsse Beiträge leisten. Es soll im sozialistischen Sinne gearbeitet werden, jedoch würde die Arbeitsgemeinschaft keiner Partei dienstbar sein. Der Referent betonte ausdrücklich, daß die Arbeitsgemeinschaft mit den freien Gewerkschaften zusammenarbeiten würde, um die Gesamtlage der Angestelltenchaft zu heben.

In der anschließenden Aussprache wurden die Gewerkschaften von einzelnen Rednern scharf angegriffen, ihre Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und die Gewerkschaftsbureaucratie kritisiert. Andere Redner führten aus, daß es Sache der Gewerkschaftsmitglieder sei, in der Richtung zu arbeiten, daß ein anderer Geist in die Gewerkschaften einziehe. Jede Gewerkschaft sei das, was die Mitglieder aus ihr machen würden. Weiter wurde die Meinung vertreten, daß die Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft lediglich dazu führe, daß die auf gewerkschaftlichem Gebiete bestehende Zersplitterung noch vergrößert würde, der laßende Dritte bliebe der Unternehmer. Gegen 4 Stimmen beschloß man etwa 150 Obleute die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft. Die Vorstandswahlen sollen in einer neu anguberaumenden Versammlung stattfinden.

Wir können uns den von den Gegnern dieser Neugründung erhobenen Bedenken ebenfalls nicht verschließen. Ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten mit den einzelnen Gewerkschaften siehe sich auch erzielen, wenn die Gewerkschaften zu aktionsfähigen Organisationen gemacht werden.

Zum Kampf in der Metallindustrie.

Die am 12. November 1918 vor über 3000 Kollegen und Kolleginnen besuchte Betriebsversammlung der A. E. G.-Fabriken Hennigsdorf in den Moruskien sah einstimmig folgenden Beschluß: 1. Die Wiedereinstellungsvorschläge der A. E. G.-Direktoren Hennigsdorf werden als im Widerspruch mit den Vereinbarungen vom 1. 11. 19, abgelehnt. 2. Die Wiedereinstellung durch Karten wird abgelehnt, die gesamten Karten müssen den Streikleitungen abgegeben werden. Alle Kollegen und Kolleginnen, die der Einladung durch Karte Folge leisten, sind als Streikbrecher zu betrachten. 3. Die Arbeiterschaft nimmt die Arbeit nur unter folgenden Bedingungen wieder auf: a) Fortsetzung aller der Streikentscheidungen, wie sie vor dem Streik seitens der Arbeitervertretungen in Übung waren. b) Einstellung aller Kollegen und Kolleginnen, auch der mit sogenannten Notstandsarbeiten Beschäftigten spätestens innerhalb 14 Tagen (20. 11. 19). c) Wiedereinstellungen erfolgen nicht einzeln, sondern abteilungsweise, unter Hinzuziehung des bisherigen Arbeiterratschusses (Verhandlungskommission). d) Der Ortsverwaltung des Berliner Metallarbeiterverbandes und dem Demobilisierungskommissar wird Klage über das Verhalten der A. E. G.-Direktoren Hennigsdorf, eingereicht. e) Die Arbeitsaufnahme erfolgt nur nach Aufforderung durch den alten Arbeiterratschuss. 4. Kollege Lübbach wird beauftragt, mit dem Kollegen Kusch die Verteilung der verhafteten Kollegen des Vollzugsstrates zu erwirken. 5. Es wird beschloßen, einen Bericht der „Freiheit“ zur Veröffentlichung zu übersenden. Die Streikleitung, Der Arbeiterrat der A. E. G.-Fabriken Hennigsdorf.

Groß-Berlin.

Ein Krankenhaus ohne Betten.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Frauen-Klinik, Artilleriestraße, in der Abteilung für Entbindung, herrscht seit geraumer Zeit, da die Abteilung dauernd ziemlich besetzt ist, ein Mangel an Betten. Die hochschwangeren Frauen müssen teilweise auf gewöhnlichen Stühlen, den Kopf auf den Tisch gestützt, oder gar auf dem blanken Fußboden die Nacht verbringen. Eine Schlafbede wird nicht einmal geliefert für diejenigen, welche kein Bett haben. Ein jeder weiß, wie schlecht es sich auf einem Stuhl schlafen läßt: des Morgens schmerzen sämtliche Glieder. So geht es den hochschwangeren Frauen oftmals 14 Tage lang. Bei einigem guten Willen ginge die Sache wohl abzuheilen. In jedem Raum könnten während der Nacht noch einige Feldbetten aufgestellt werden, welche am Morgen wieder zusammengeklappt und beiseite gestellt würden. Allerdings handelt es sich hier nur um Arbeiterfrauen, denn bessergestellte Frauen lassen sich in der 2. und 1. Klasse verpflegen. Hoffentlich äußert sich die Direktion der Frauen-Klinik, Artilleriestraße, hierzu.

Auch wir haben den Wunsch, daß die Direktion sich hierzu äußert. Daß nicht einmal genügend Betten für die ihrer schweren Stunde entgegenstehenden Frauen in der Klinik vorhanden sind, ist doch ein unhaltbarer Zustand!

Zum Schaden der Allgemeinheit für das Profitinteresse.

Ein eigenartiges Licht auf die noch bestehenden Verhältnisse wirft eine Verfügung der Abteilungsstelle der Reichswehrbeschaffung. Sie beauftragt die Abteilungsstellen der Beschaffungsämter, also solche Stellen, die abgebaut werden sollen, einige 100 000 Entlassungsanzüge und Hüter zu beschaffen! Diese Beschaffung war ab 1. Oktober den Reichsbeschaffungsämtern bzw. dem Reichsfinanzministerium übertragen worden, was natürlich nach Möglichkeit gute Stoffe und gute Arbeit geliefert würde, damit die Gefangenen etwas Brauchbares bekämen. Hieran scheint man keine Rücksicht zu nehmen. Man will den Unternehmern zu Hilfe kommen, welche fest langer Zeit auf Spekulation allen möglichen Schuld zu Entlassungsanzügen verarbeiteten und dann die Sachen abnehmen. Diese Herren haben die Arbeiter ausgenutzt und für billigeren Arbeitslohn arbeiten lassen, als der Tarif für solche Sachen fordert. Es muß mit allem Nachdruck gegen derartige Schiebung von vorn gemacht werden. Dem Reichsfinanzministerium können gute Sachen in genügender Anzahl beschafft werden, wenn nicht dahin gestrebt wird, die Beschaffung der Unternehmern zu fördern und die Allgemeinheit, d. h. unsere zurückbleibenden Gefangenen, zu betrügen.

Der Weihnachtsmarkt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Neujährige Weihnachtsmarkt findet in der Hauptsache auf dem Arlanoplatz und dessen Umgebung sowie in der Warschauer Straße (von der Redler Straße bis zur Frankfurter Allee) und in der Petersburger Straße statt. Pfefferkuchler, Pfefferkuchenhändler, Verkäufer von Obst, Nüssen, Weihnachtsbäumen, Spielzeug u. dergl. können auch außerhalb des Marktbezirks mit Genehmigung des zuständigen Polizeikommissars Verkaufsvorrichtungen auf geeigneten Plätzen aufstellen. Der Markt beginnt am 11. Dezember und dauert bis zum 27. Dezember einschließlich. Am 28. Dezember morgens 8 Uhr müssen sämtliche Nüssen und Verkaufsvorrichtungen von den Straßen und Plätzen fortgeschafft sein. Anträge auf Erteilung von Erlaubnisbescheinigungen für den neujährigen Weihnachtsmarkt (1920) sind bei den zuständigen Polizeikommissaren, und zwar frühestens am 1. September 1919, einzureichen. Vorher eingehende Anträge werden erst nach diesem Zeitpunkte erledigt.

Die Kündigung von Unterbeamten im Reichs-, Staats- und Gemeinbedienst. Beschäftigte eine von Tausenden besuchte Versammlung in den Germania-Sälen, in der Redakteur Komossa die Kündigung schilderte. Er legte dar, daß das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Unterbeamten jetzt schlimmer sei als vor dem 9. November. Disziplinarmassnahmen seien früher nicht so häufig verhängt worden als heute. Entlassungen erfolgten zu Hunderten, die mühsam erworbenen Rechte der Unterbeamten mühten energisch gewahrt werden.

Was die Schutzmannschaft anlangt, so würden alle früher gegebenen Versprechungen nicht gehalten. Ueber hundert Schutzleute in Berlin hätten ohne weiteres die Kündigung erhalten, so daß sie zu Weihnachtsnächten auf der Straße liegen müßten. Ein solches Vorgehen, das ja auch in der Provinz beliebt werde, bedeuete eine vollständige Entwertung des Beamtenstandes. Die Entschiedenheit müsse auch die Haltung des Gefängnisdirektors Muntau gegenüber seinen Beamten wie auch den Strafgefangenen zurückgewiesen werden.

In einer Entschließung wurde die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Gefängnisdirektor Muntau in Potsdam gefordert. Eine zweite angenommene Entschließung verlangt die Durchführung der von neuemem sozialen Geist getragenen Verfügung des Ministers Simon vom 11. Dezember 1918.

Tot aufgefunden wurde gestern in seinem Zimmer der 56 Jahre alte Seiler Franz Januschowitz aus der Gartenstr. 2. Hausgenossen, die durch einen Geruch aufmerksam wurden, mußten sich mit Gewalt in das von innen verriegelte Zimmer E. lang verschaffen und fanden den Mann tot im Bett liegen. Von seiner für Gasbeleuchtung unvorbelebten Petroleumlampe war der Verbindungsschlauch gelöst. Ob ein Unglück oder Selbstmord vorliegt, weiß man nicht.

Das Opfer einer Personenverwechslung ist der 45 Jahre alte Kellner Adolf Schwarz geworden, der, wie wir damals mitteilten, Ende September unter dem Verdacht des eigenartigen Fruchtbeißschwindels auf Veranlassung eines Betrogenen von Kriminalbeamten auf der Granow-Bahnstation festgenommen wurde. Die Voruntersuchung ergab, daß sich der Betroffene in der Person geirrt hat. Das Versehen wurde eingestanden und Schwarz aus der Untersuchungshaft entlassen.

Aus den Organisationen.

4. Distrikt. Wegen der heutigen Frauenversammlung verschiebt sich die Sitzung der Frauenarbeitskommission auf Freitag, 11. d. M., Sonntag 9 Uhr vormittags Handwerkerstellung in den Bezirkler. Eickensberg, Roigen, Sonnabend, abends 8 Uhr, Ausgabe des Plakats für die Frauenversammlung bei W. Schulz, Kronprinzengasse 47.

Bereinstalender.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 12, Sektion c (Kochten). Heute abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Englischen Hof“, Alexanderstraße 27c. Tagesordnung: Unser Fortschrittprogramm und Wahl der Sektionenleitung. In: Bund der Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen, Ortsverein Mariendorf, Freitag, 14. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Streiter, Thausenstraße 27.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bischoff, Neukölln, Verlagsbuchhandlung „Freiheit“, S. O. M. S. S., Berlin. — Druck des Findebrunnens und Verlagsbuchhandlung m. S. S., Schiffbauerdamm 19.

Victor Adler-Porträt

Zur Wiederkehr seines Todestages

freie Welt heft 26

